



Gemeindewahlen 2017 Paul Blösch-Althaus und Philippe Messerli stehen Red und Antwort

Die beiden amtierenden Nidauer EVP-Stadträte Paul Blösch-Althaus und Philippe Messerli stellen sich am 24. September 2017 zur Wiederwahl. Beide kandidieren auch für den Gemeinderat. Im Kurzinterview nehmen sie Stellung zu ihren Motivationen und Zielen.

Warum politisierst du im Stadtrat?

Paul Blösch-Althaus: Die Gemeindepolitik und speziell die Arbeit im Stadtrat finde ich interessant, weil es hier um die Belange geht, die "vor der Haustüre" liegen. So befasst sich der Stadtrat einerseits mit den Sorgen der Bevölkerung und setzt sich für de-



Paul Blösch-Althaus

ren Anliegen ein. Andererseits nimmt der Stadtrat zu Vorhaben Stellung, die jetzt und heute anstehen, und arbeitet an Projekten mit, die sich morgen und für künftige Generationen auswirken werden.

Philippe Messerli: Ich sehe meine Tätigkeit als Beitrag an die Ge-



Philippe Messerli

sellschaft. Es ist spannend, mit tollen Menschen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und mit unterschiedlichen Überzeugungen zusammenzukommen und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Welches Thema der «Nidauer Politik» erachtest du als wichtigstes und wo möchtest du dich konkret einbringen?

Paul Blösch-Althaus: Von mehreren wichtigen Geschäften unserer Gemeindepolitik liegt mir zur Zeit das Thema "Schulraumplanung" am nächsten. Ich bin überzeugt, dass wir dieses bedeutende und kostenintensive Vorhaben nur nach gründlichen Abklärungen (namentlich mit den Schulverbandsgemeinden), einer sorgfältigen Planung und ohne überstürzten Terminplan in Angriff nehmen sollten. Dafür werde ich mich einsetzen.

Philippe Messerli: Die beiden Grossprojekte Agglolac und der A5 Westast stellen für die Stadt Nidau grosse Herausforderungen

dar. Falls sie jedoch umwelt-, energie- und verkehrstechnisch richtig umgesetzt werden, haben sie sehr viel Potenzial, um unsere Gemeinde erfolgreich weiter zu entwickeln und die bereits sehr hohe Lebensqualität zusätzlich zu steigern. Ich werde mich für gute Lösungen im Interesse der Gesamtbevölkerung engagieren.

Städtebauliche Begleitplanung A5 Westast Chance für mehr Lebensqualität nutzen!

Der Westast A5 wird mit den teilweise offen geführten Strassenabschnitten mitten in die bestehende Siedlungsstruktur das Stadtbild stark verändern. Die Baustellen werden über Jahre hinweg zu grossen Belastungen und Einschränkungen für die Bevölkerung führen. Dennoch überwiegen nach Ansicht der EVP die Vorteile.

Die Realisierung des A5 Westastes stellt eine einmalige Chance dar, um die Wohnquartiere vom Verkehr zu entlasten und die Lebensqualität zu steigern. Die städtebauliche Begleitplanung der Städte Biel und Nidau zum A5 Westast legt dazu eine gute Ba-



sis. Die beste Planung nützt allerdings nichts, wenn sie nicht in die Praxis umgesetzt wird. Angesichts der Tatsache, dass Bund und Kanton mit dem Bau des

A5 Westastes rund zwei Milliarden Franken investiert werden, ist es in den Augen der EVP mehr als nur richtig, dass die Städte Biel und Nidau die für die Verbesserung des Fuss- und Veloverkehrs und der Wohnqualität in den Quartieren erforderlichen finanziellen Mittel rechtzeitig einplanen und verfügbar machen. Namentlich die in der Planung ausgeführten Absichtserklärungen zugunsten des Veloverkehrs gilt es nach Ansicht der EVP planungsrechtlich (Nutzungsplanung) wie auch finanziell rechtzeitig zu sichern und mit dem Bau der Autobahn zu koordinieren. Es ist vor allem auch schon während der Bauphase darauf zu achten, dass die für die Velos wichtigen Verkehrsachsen so wenig wie möglich eingeschränkt werden.

Chance für Weidteilequartier

Mit der Tieferlegung und Überdeckung der Bernstrasse sowie der Schaffung einer einheitlichen und zusammenhängenden parkartigen Anlage ergeben sich insbesondere für das Weidteile-Quartier neue städtebauliche Entwicklungsperspektiven. Gerade für bestehende Eigentümer sowie für potentielle Investoren werden dadurch Anreize zur Schaffung von neuem und attraktivem Wohnraum geschaffen. Mit den baurechtlichen Vorgaben soll gesichert werden, dass nicht nur Wohnungen für gut Betuchte gebaut werden, sondern eine gute Durchmischung in der Bevölkerungsstruktur erreicht werden kann.

EVP begrüsst Neugestaltung der Ortsdurchfahrt

Die geplante Neugestaltung der Hauptstrasse durch den Kanton bringt zahlreiche Vorteile für die Nidauer Altstadt und für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Eine Aufhebung der Fussgängerstreifen lehnt die EVP jedoch ab.

Grundsätzlich positiv beurteilt die EVP die vorgesehene Geschwindigkeitsbeschränkung in der Hauptstrasse auf 30 km/h. Diese Massnahme muss jedoch zwingend in Koordination mit den angrenzenden Verkehrsflächen erfolgen, um eine Verlagerung des Durchgangsverkehrs ins Quartier Nidau West, insbesondere in die Dr. Schneider-Strasse und den Balainenweg, zu verhindern.

Bessere öffentliche Nutzung

Die EVP begrüsst die vorgesehene Vergrösserung der multi-



funktionalen Nutzflächen neben der Strasse. Allerdings gilt es dabei zu bedenken, dass die geplanten Trottoirs mit herabgesetzten Kanten die Sicherheit der Fussgänger reduzieren. Deshalb sind vermutlich Pfosten (analog der Situation in der Schulgasse) erforderlich.

Fussgängerstreifen nötig

Nicht einverstanden ist die EVP hingegen mit der Aufhebung der Fussgängerstreifen. Wie sollen Betagte, Geh- oder Sehbehinderte im Nidauer Stossverkehr die Strasse überqueren können? Fussgängerstreifen sind schon deshalb sinnvoll, weil sie den Fussgängern Vortrittsrecht gewähren. Auf diese Weise besteht für alle Verkehrsteilnehmer eine klare Regelung.

Schulraumplanung EVP verlangt mehr Klarheit zum Engagement der Verbandsgemeinden



Die Schulraumplanung in Nidau wird in den nächsten Jahren bis zu 70 Millionen Franken kosten. Dies stellt für die Stadt Nidau auf lange Sicht eine einschneidende und kaum tragbare finanzielle Belastung dar.

Nach Ansicht der EVP bedarf es mehr Klarheit und zusätzlicher Abklärungen, insbesondere zum Engagement der Schulverbands-gemeinden. Die Gewissheit muss bestehen, dass wirklich alle möglichen Alternativen und Optionen gründlich geprüft worden sind.

Mit einer Motion will EVP-Stadtrat Paul Blösch deshalb den Gemeinderat beauftragen abzuklären, in welchem Umfang sich die Verbandsgemeinden an den Kosten des Schulhausneubaus Beunden Ost beteiligen werden (Absichtserklärung) und ob es aus Sicht der Verbandsgemeinden Alternativen zu einem Schulhausneubau in Nidau gibt. Dies umso mehr, als gemäss Angaben des Gemeinderates diesbezüglich keine Abklärungen und Gespräche mit den Verbandsgemeinden stattgefunden haben. Aus Sicht der EVP ist diese Unterlassung nicht nachvollziehbar, geht doch der höhere Schulraumbedarf in erster Linie auf das Wachstum der Nachbargemeinden Ipsach und Port zurück.

IMPRESSUM

Herausgeber:	EVP Kanton Bern Nägeligasse 9 Postfach 2319 3001 Bern
Redaktion:	Christof Erne
Kontakt Ortspartei:	EVP Nidau Philippe Messerli Aalmattenweg 28 2560 Nidau messerlis@gmx.net